

Dolmetschereinblendung im Fernsehen?

– Podiumsdiskussion in Hamburg

VON KARIN WEMPE

Anlässlich des Tages der Gehörlosen hatte der Landesverband der Gehörlosen Hamburgs am 24. September 1994 zu einer Podiumsdiskussion ins Kulturzentrum für Gehörlose eingeladen.

Alexander von Meyenn, 1. Vorsitzender des Landesverbandes und während der Diskussion in der Rolle des Moderators, begrüßte zunächst die zahlreich erschienenen ZuschauerInnen bzw. ZuhörerInnen, um dann die eigentliche Diskussionsrunde auf dem Podium vorzustellen: die ARD war vertreten durch Sylvia Marec von der Münchener Programmdirektion, der NDR Hamburg durch seine Referentin Heide Schaar-Jacobi; die Hamburger Bürgerschaftsfraktionen durch Dr. Franklin Kopitzsch (SPD), Eleonore Rudolph (CDU) und Petra Bödeker (GAL) sowie die Verbände der Gehörlosen durch Heiko Zienert (Landesverband Hamburg und Fachausschuß Gebärden des Deutschen Gehörlosen-Bundes).

In seinen einleitenden Worten faßte Alexander von Meyenn kurz die Vorgeschichte zusammen: Vor einem Jahr kam die Idee auf, die letzte Sendung der vom NDR ausgestrahlten „Schmidt-Mitternachts-Show“ durch die Einblendung von Gebärdensprachdolmetscherinnen auch gehörlosen FernsehzuschauerInnen zugänglich zu machen. Dies wurde durch ein Veto des NDR unter Berufung auf einen Beschluß der ARD vereitelt. Daraufhin hagelte es Proteste seitens der Gehörlosen sowie VertreterInnen zahlreicher Fachverbände – ein Stein war ins Rollen gekommen. Seitdem wurden zahlreiche Gespräche

zwischen VertreterInnen der Gehörlosenverbände und der Fernsehanstalten geführt; seitens der Universität Hamburg wurden den Fernsehanstalten konkrete Kooperationsangebote zur Lösung des Problems vorgelegt usw. usw. – geändert hat sich nichts: NDR und ARD sind bisher bei ihrem generellen „Nein“ geblieben.

Die beiden Vertreterinnen der öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten waren aufgefordert, diese Haltung zu begründen.

Sylvia Marec verwies auf den innerhalb der ARD – der elf Rundfunkanstalten angeschlossen seien – einstimmig gefaßten Beschluß, zukünftig nicht auf GebärdensprachdolmetscherInnen, sondern auf den Ausbau der Videotextuntertitelung setzen zu wollen. Über zehn Prozent der Sendungen seien untertitelt, somit leiste die ARD „mit Abstand die größte [Untertitelungsarbeit] in der Bundesrepublik Deutschland“* und man möge bitte festhalten, daß daher von ‚Diskriminierung einer Minderheit‘ in keiner Weise die Rede sein könne.

Heide Schaar-Jacobi ließ die Anwesenden wissen, „daß wir [...] uns diese Entscheidung wahrlich nicht leicht gemacht haben.“ Vorausgegangen seien „akribische Untersuchungen und Recherchen“ – Ergebnis: das „Hauptmißverständnis“ fange bereits bei dem Wort ‚Gebärdensprache‘ an:

„Die Gebärdensprache ist kein Synonym für ein Kommunikationsmittel aller Menschen, die hörgeschädigt sind. Die Gebärdensprache teilt sich auf in zwei Systeme, einmal die DGS, die Deutsche Gebärdensprache, und einmal die lautsprachlich begleitete Gebärde. Wenn wir jetzt von der Gebärdensprache sprechen, ist sicherlich in diesem Kreis die Erwartung da, wir sprechen von der DGS, und das macht bestimmt einen großen Teil

des Mißverständnisses aus. Die DGS wurde uns von Sachverständigen, über..., ja unparteiischen, übergeordneten, unabhängigen Sachverständigen, Experten, nicht nur Mediziner, beurteilt als eine neu entwickelte Sprache mit noch, ich sag's jetzt mal in Anführungsstrichen, akademischem Forschungsansatz. [Gelächter aus dem Publikum] Für Sie sicherlich so nicht verständlich, weil Sie [...] die Sprache inzwischen gelernt haben und Sie sie beherrschen und das Ihr Kommunikationsmittel geworden ist. Unsere Recherchen haben ergeben, Recherchen bei den Schwerhörigenverbänden, bei Kommunikationsexperten, bei Hörgeschädigtenpädagogen, daß die DGS von der Mehrzahl der Hörgeschädigten nicht oder noch nicht verstanden wird und daß selbst innerhalb der DGS es unterschiedliche Strömungen gibt. Und das wurde uns sehr massiv und sehr deutlich mitgeteilt, und das war der Hauptgrund, daß wir entscheiden mußten: Solange diese internen Diskrepanzen, wie überhaupt ein Kommunikationsangebot für hörgeschädigte Menschen inklusive Gehörloser sein soll, sein kann, wieweit es sich standardisieren läßt – solange diese Frage nicht eindeutig geklärt ist, sind wir geradezu verpflichtet, die Kommunikationsmethoden anzubieten, weiter zu entwickeln, von denen wir weitgehend, weitgehend sicher sein können, daß sie die große Mehrzahl der Minderheit der hörgeschädigten Menschen in unserem Land erreichen.“

Diese aufschlußreiche Erörterung des Phänomens ‚Deutsche Gebärdensprache‘ ließ Alexander von Meyenn ahnen, daß – wenn denn tatsächlich ein Mißverständnis bestünde – dieses wohl eher für die befragten Fachleute gelte, nicht aber für die Gehörlosen selbst: „Für uns gibt es hier kein Mißverständnis, für uns ist

488

* Sämtliche Zitate erfolgen anhand einer der Redaktion vorliegenden Videoaufzeichnung.



es eine sehr reibungslose Kommunikationsform, das muß gesehen werden.“ Warum habe der NDR nicht die Betroffenen und ihre Verbände oder auch GebärdensprachforscherInnen gefragt?

Heide Schaar-Jacobi: „Wir haben auch Betroffene gesprochen, selbstverständlich, aber ein gewisser Sachverstand ist natürlich immer hilfreich in strittigen Diskussionen. Wenn ein Institut für Kommunikationsstörungen der Universität Mainz, Institut für Hör- und Sprachbehinderte, dann Berufsverband Deutscher Hörgeschädigtenpädagogen, Präsident des Deutschen Schwerhörigenbundes, denke ich, ist das schon eine sehr kompetente Runde – die Meinung des Gehörlosen-Bundes habe ich oder haben wir selbstverständlich auch gehört, nur, es bleibt festzuhalten: Die Beurteilungen sind, bis auf das Votum des Bundes der Gehörlosen, eindeutig alle in die andere Richtung gegangen. Und wir können das, auch wenn es Ihnen sicher verständlicher Weise absurd erscheint, aber wir können ein solches Urteil nicht ignorieren.“

Zu einem späteren Zeitpunkt der Diskussion griff Prof. Dr. Klaus-B. Günther (Institut für Behindertenpädagogik der Universität Hamburg) die durch den NDR durchgeführten Recherchen noch einmal auf und machte den Mitarbeiterinnen der Fernsehanstalten deutlich, daß sie zum einen bei ihrer Expertenwahl sehr einseitig vorgegangen seien – Prof. Heinemann als Leiter des Instituts für Kommunikationsstörungen in Mainz sei sicherlich ein hervorragender HNO-Mediziner, seine Kompetenz in Sachen Gebärdensprache müsse hingegen bezweifelt werden. Zum anderen sei der NDR bei seiner Recherche mitten hinein in einen Streit geraten, der seit Jahren innerhalb der Gehörlosenpädagogik ausgetragen werde.

Ähnlich sah es Dr. Renate Poppendieker, Lehrerin an der Hamburger Gehörlosenschule: NDR und ARD hätten sich die Argumente derjenigen zu eigen gemacht, die sich innerhalb der schulpolitischen Debatte gegen den Einbezug der Gebärdensprache ausgesprochen hätten.

Heiko Zienert bemängelte, daß auf Seiten der Fernsehanstalten zu wenig Informationen darüber bestünden, was „hörgeschädigt, hörbehindert, gehörlos, schwerhörig, spätertaub usw.“ bedeute. Fernsehen müsse generell alle erreichen, nicht nur Schwerhörige und Spätertaubte, sondern eben auch Gehörlose: „Und das sind ungefähr 80.000 Personen, die dieser Gemeinschaft angehören und die ein sehr großes Interesse daran haben, daß ihre eigene Sprache im Fernsehen auch einen Platz bekommt.“ Woher stamme außerdem die Erkenntnis, daß „die Gebärdensprache eine neu entwickelte Sprache“ sei?

Sich im Kreise drehend führte Heide Schaar-Jacobi wiederum die „gemachten Recherchen“ an und kam auf ein weiteres Ergebnis derselben zu sprechen: „Die DGS wird auch innerhalb des Gehörlosen-Bundes, so sind unsere Informationen, noch nicht von allen 80.000 beherrscht – ich sage bewußt ‚noch nicht‘.“ Darüber hinaus hätten die Recherchen ans Licht gebracht, daß es unter den Gehörlosen selbst „interne Auseinandersetzungen“ gäbe: „Stichwort ‚Gernsbacher Papier‘ ist natürlich auch etwas, was uns nicht gerade mit unserer Argumentation in die Ecke drängt. Ich glaube, Sie wissen, was damit gemeint ist.“ [Alexander von Meyenn wußte es und erläuterte später: Das Gernsbacher Papier sei für Gehörlose überhaupt nicht mehr aktuell, sondern ein „alter Hut“, sozusagen

ein Streit von vorgestern.] Die Forderung der Gehörlosen nach ihrer Sprache finde die „volle Akzeptanz“ seitens der Fernsehanstalten, befreie diese aber nicht aus dem Dilemma, allen Hörgeschädigten bzw. deren unterschiedlichen Bedürfnissen Rechnung tragen zu müssen. „Deshalb noch mal das Votum, das der NDR, die ARD aufgrund dieser Information gefunden hat: Solange es denn diese einheitliche Form, Methode nicht gibt, müssen wir leider sagen, wir müssen auf die sichere Seite und die sichere Seite ist immer noch der Untertitel mit dem ausgebauten Videotext-Angebot.“

Auch Sylvia Marec ließ den Vorwurf, keine Betroffenen hinzugezogen zu haben, nicht gelten: „Wir haben uns die Mühe gemacht [...] und gehörlose Kinder gefragt, was sie lieber hätten im Fernsehen: [...] die Einblendung eines Dolmetschers oder Videotextuntertitelung. Und die Kinder [...] waren alle ausnahmslos für die Videotextuntertitelung. [Späterer Einwurf eines gehörlosen Zuschauers, selbst Kind gehörloser Eltern: Wenn er als Kind die Wahl gehabt hätte, hätte er sich ganz klar für Dolmetschereinblendungen entschieden!]

Heide Schaar-Jacobi führte einen weiteren Beleg ins Feld, um die Contra-Haltung des NDR zu bekräftigen: „Es gibt Erfahrungen mit der Sendung ‚Sehen statt Hören‘, daß, seit dort die Deutsche Gebärdensprache etabliert ist, es massive Proteste gegeben hat, sag ich es wertfrei, Veränderungen gegeben hat, Zuschauerbewegungen gegeben hat. Es sind viele abgewandert, sie verstehen die Sendung nicht mehr oder sie verstehen natürlich, nehmen wahr, die Untertitel. Das heißt, die DGS wird noch nicht so verstanden, wie Sie es jetzt hier darstellen.“ Die NDR-Referentin ließ die Anwesenden im Unklaren darüber, woher ihre In-

formationen bezüglich der Sendung „Sehen statt Hören“ stammten. Francine Gaudray (Redaktion „Sehen statt Hören“) konnte bei meiner telefonischen Nachfrage am 14.11.94 nichts von alledem bestätigen, sondern bezeichnete derlei Behauptungen als „frei erfunden“. Weder seien in der Münchener Redaktion „massive Proteste“ eingegangen, noch wußte sie etwas von Zuschauerabwanderungen. Sollten den NDR hingegen diesbezügliche Protestschreiben erreicht haben, so wären diese auf jeden Fall an die Münchener Redaktion weitergeleitet worden.

Somit waren die Fronten geklärt: Auf der einen Seite die Gruppe der Gehörlosen mit ihrer Forderung nach Berücksichtigung der Gebärdensprache im bundesdeutschen Fernsehen – auf der anderen Seite die Vertreterinnen des öffentlich-rechtlichen Fernsehens, die darlegten, dieser Forderung könne seitens der Fernsehanstalten zumindest zum jetzigen Zeitpunkt nicht nachgekommen werden. Gespannt durfte man nun auf die Statements der PolitikerInnen sein – würden sie untereinander weitere Fronten aufbauen (schließlich war Wahlkampf angesagt – die Bundestagswahl stand kurz bevor) oder sich die Argumentation einer der beiden obengenannten Seiten zu eigen machen? Die Stellungnahmen hätten nicht deutlicher sein können – hier einige Auszüge:

Dr. Franklin Kopitzsch (SPD): „Rundfunk ist qua Rundfunkstaatsvertrag definiert als ein Angebot an die Allgemeinheit, ich denke, da sollte eigentlich keiner ausgegrenzt werden. [...] Und ich denke, man kann sich nicht damit zufrieden geben, was von seiten der ARD oder des NDR hier ausgeführt worden ist – man will zuwarten, bis sich das irgendwann viel-

leicht dann zu einem großen Einverständnis bringt –, sondern man kann ja auch schon einfach mal ausprobieren. Und da finde ich den Vorschlag von Herrn Prillwitz von der Universität Hamburg sehr positiv, doch einfach mal zu sehen, etwa eine Nachrichtensendung im Regionalprogramm auch in Gebärdensprache zu bringen und das kritisch zu begleiten – von der Universität, von der Medienforschung, auch gerade die Rückmeldungen: Wie kommt das an, wie wird das aufgenommen?, zu untersuchen und auf solche Weise, einfach durch Ausprobieren, zu sehen, ob dies ein Weg ist. [*Beifall aus dem Publikum*] [...] Wir haben viele andere Beispiele, auch was sprachliche Minderheiten angeht, ich denke, das Problem mit den Friesen und den Sorben, was jetzt in der EG-Sprachen-Charta eine Rolle gespielt hat, auch da sind die Anstalten in der Lage gewesen zu reagieren und warum sollte das hier nicht gelten. [...] Es gibt natürlich auch, und das will ich auch mal deutlich sagen, die Möglichkeit, daß wir Einfluß nehmen auf den Rundfunkstaatsvertrag, der muß ohnehin aufgrund verschiedener, vor allem auch technischer Entwicklungen verändert werden in der nächsten Zeit, und daß wir eine solche Versuchsmöglichkeit als ersten Schritt dort festschreiben.“

Eleonore Rudolph (CDU): „Zur Frage eben, die Herr Kopitzsch ansprach, mal einen Versuch in Hamburg zu beginnen, das heißt im NDR – diesem Vorschlag wollen wir uns voll anschließen, [*Beifall aus dem Publikum*] zumal, und für mich ist das auch unverständlich, das liegt nun ein Jahr zurück, dieses Angebot. Es wird sogar vom Institut der Universität angeboten ein kostenloser Gebärdendolmetscher für die Zeit, auch von daher sollte man einen solchen Versuch doch starten. Zumal ja Ihre Begründung vor-

allem, daß durch solche Einblendung Irritationen und Fehlreaktionen bei den Zuschauern entstanden, dort ja wegfallen würde. Denn im 3. Programm wird die Tagesschau parallel zum 1. Programm ausgestrahlt. Bei wem also Irritationen auftreten, der kann ja, oder wer genervt ist durch solche Einblendungen, kann ja getrost auf das Erste übergehen, wenn er vorher das Dritte gesehen hat. Also, ich meine, diese Begründung besteht überhaupt nicht. [...] Wenn man die Gebärdendolmetscher beobachtet und verfolgt, dann stelle ich für mich fest, daß offenbar die Gebärden, die ich nicht verstehen kann, eine vollständige Sprache darstellen. Also alles ausdrücken. Denn das, was uns gesagt wird, ist so vielfältig wie das, was wir denken und sagen können. Wenn ich aber an die Untertitelung denke, die ich ja sehr wohl verstehe, wenn ich fremdsprachliche Filme sehe, wo ich die Sprache verstehe und seh dann die Untertitelung, dann stell ich fest: Es ist eine ungeheure Verkürzung, ja sogar eine Verstümmelung [*Beifall aus dem Publikum*] dessen, was dort übergebracht wird. [...] Mir ist aufgefallen bei dem, was von NDR und ARD kam, daß sie eigentlich mehr von den Hörgeschädigten als von den Gehörlosen gesprochen haben bei den Betroffenen. [*Beifall aus dem Publikum*] Und das scheint mir doch ein ganz, ganz großer Unterschied zu sein, weil die, die überhaupt später ertaubt sind oder einen kleinen Sprachansatz oder Höransatz noch hatten, ja auch anders Sprache verstehen und wahrscheinlich damit auch anders lesen können. Was mich überrascht hat und was ich so nicht wußte aus dem, was uns an Unterlagen zur Verfügung gestellt wurde, daß ein sehr, sehr großer Teil der Gehörlosen im Lesen und Schreiben auf dem Stand von Fünfklasslern stände, was dann ja



doppelt deutlich macht, daß die Untertitelung, die nicht nur verstümmelt und verkürzt, ja auch viel zu schnell geht. Daß also oft, dadurch, daß jemand liest, dann ja wiederum nicht sehen kann und nicht mitkriegt, was passiert. Also, ich glaube, die Untertitelung ist nicht die Lösung, wir sollten hier wirklich erstmal diesen Versuch mit dem NDR machen und eine Einblendung von Gebärdensprache.“ [Beifall aus dem Publikum]

Petra Bödeker (GAL): „Ich wollte mal daran erinnern, daß es ja bereits im Grundgesetz heißt, daß niemand wegen seiner Sprache und seit gestern, seit der Beschlußfassung des Bundesrates, ja auch niemand wegen seiner Behinderung oder Beeinträchtigung benachteiligt werden darf. Die Menschen, die Gebärdensprache als die Sprache, die sie am besten beherrschen, sprechen, die sind benachteiligt bzw. fühlen sich benachteiligt. Das ist hier heute deutlich geworden und wenn Sie, Frau Schaar-Jacobi, sagen, ein gewisser Sachverstand bei der Frage, soll also die DGS im Fernsehen gedolmetscht werden oder nicht, sei immer hilfreich, dann kann ich nur sagen: Der beste Sachverstand sind wirklich die Betroffenen selbst [Beifall aus dem Publikum] und das nimmt aus meiner Sicht also ARD und der NDR überhaupt nicht zur Kenntnis. [...] Ich denke auch, daß Sie einfach nicht ganz begriffen haben, daß es hier wirklich offensichtlich um unterschiedlich hörbehinderte Menschen geht, daß es für eine bestimmte Gruppe von Hörbehinderten, nämlich die Menschen, die von Geburt an ertaubt oder taub sind, bestimmte Schwierigkeiten gibt, auch die Untertitelung zu verstehen, und daß es auch halt für Live-Sendungen, und da bin ich also wirklich auch der Meinung, da geht es gar nicht mit Untertitelung – oder der Informationsverlust ist in einer

Art und Weise groß, daß die Menschen, die Gehörlosen also, noch irgendwelche Schlagworte mitkriegen, aber darüber hinaus nichts, die Zwischentöne, die Atmosphäre, auch die leisen Töne in solch einer Sendung überhaupt nicht mitbekommen. Und wenn ich das jetzt hier erlebe mit der Gebärdendolmetschung, ich finde, das ist also wirklich ganz toll, das ist also sehr differenziert und sehr, sehr klar und Zwischentöne kommen ja auch tatsächlich gut rüber. Also, ich möchte die ARD hier massiv auffordern, diesen Beschluß noch mal zu überdenken [...].“

Nunmehr wurde das Publikum direkt in die Diskussion mit einbezogen. Ulrike Walther, Studentin der Gehörlosenpädagogik an der Universität Hamburg, äußerte die Befürchtung, es könne aufgrund der bisherigen Diskussion ein falscher Eindruck entstehen: „Ich glaube nicht, daß die Gehörlosen gegen Untertitel sind, sondern ganz im Gegenteil: Sie möchten auch mehr Untertitel haben. Es geht hier ausschließlich darum, daß Live-Sendungen, aktuelle politische Sendungen, gedolmetscht werden. [...] Sie haben am Anfang Ihrer Ausführungen, Frau Jacobi, gesagt, daß zehn Prozent aller Sendungen untertitelt sind, ich mache zur Zeit meine Examensarbeit zu Untertiteln und Dolmetschereinblendungen, und ich hab mir die Mühe gemacht, das mal auszurechnen: Das sind keine zehn Prozent insgesamt, aber schon gar nicht im politischen Bereich.“

Sylvia Marec hielt dagegen: „Sie haben sicherlich Recht, daß man den Service der Untertitelung noch weiter ausbauen muß, daß man auch dazu kommen muß, mehr politische Sendungen zu untertiteln, das ist überhaupt nicht durchgestrichen, das hab ich eingangs auch schon gesagt. Die-

se zehn Prozent stimmen, da können Sie sich drauf verlassen, ich nenne hier keine Zahlen, die ich nicht selbst nachgeprüft habe.“

Ulrike Walther gab sich nicht zufrieden: „Warum wird dann bei der Untertitelung auch gespart zum Beispiel? [...] Ich hab da mit den verantwortlichen Leuten gesprochen, und sie haben mir gesagt, daß sie keine perfekten Sekretärinnen einstellen, um Untertitel zu schreiben, weil die zu teuer sind.“

Dankbar griff Sylvia Marec das Stichwort ‚Finanzen‘ auf: „Sie wissen, daß die öffentlich-rechtlichen ein Finanzproblem haben, Sie wissen, daß die öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten von den Politikern aller Parteien immer wieder aufgefordert werden, Einsparungen zu treffen. Sie wissen, daß die ARD beispielsweise ein ganzes Programm eingestellt hat, um diesen Anforderungen gerecht zu werden. Also diese Frage, wo und wie wir einsparen, würde ich doch bitte gerne an die Politiker stellen – bzw. daß wir einsparen müssen.“

Die Frage blieb nicht lange im Raum stehen, Dr. Franklin Kopitzsch fand eine passende Antwort: „Ich laß mit mir durchaus drüber reden, ob wir bei den Gebühren für das öffentlich-rechtliche Fernsehen vielleicht zu einer Art Indexierung kommen, das heißt eine Steigerung entsprechend auch der allgemeinen Steigerung der Kosten. Also, ich gehör nicht zu denen, die da den Hahn abdrehen wollen. Ich bin aber der Meinung, und die stützt sich unter anderem auch auf genaue Lektüre der Rechnungshofs-Berichte, daß durch innere Rationalisierung und daß durch viel stärkere Zusammenarbeit durchaus auch beim öffentlich-rechtlichen System noch Reserven vorhanden sind. Da ist in der Vergangenheit auch gesündigt worden, wie auch anders-

wo, als es Geld reichlich gab. Es kann kein Argument sein, wenn das Geld knapp wird, daß man auf neue Versuche, auf Veränderungen nicht reagieren kann, das wäre das Ende jeder Politik und das wäre auch das Ende jeder Programmentwicklung.“

Als es im folgenden darum ging zu erläutern, warum der NDR das Kooperationsangebot der Universität Hamburg nicht aufgegriffen habe, sah Heide Schaar-Jacobi nun plötzlich ebenfalls das Finanzdebakel der Fernsehanstalten als ausschlaggebend an: „Der Haupt Gesichtspunkt ist, daß es nicht kostenfrei ist, kostenlos ist für den NDR, es sind damit Kapazitäten verbunden, die wir, dem Sparen verpflichteten Häuser, im Moment nicht aufbringen können. Wir müssen Studiokapazitäten stellen, es muß eine zweite Kamera sein – es sind für Sie sicherlich Peanuts, aber wir müssen jede Sendesekunde im Moment wirklich prüfen und prüfen und prüfen, und was gestrichen oder nicht bewilligt werden kann aus Ersparnisgründen muß eben leider diesen Zwängen zum Opfer fallen. Das ist der Grund.“

Kein Grund war dies nach Meinung von Dr. Fritz-Helmut Wisch, Lehrer an der Hamburger Gehörlosenschule, der sich spontan bereit erklärte, zu einer Spendenaktion aufzurufen, um dem NDR zu der benötigten zweiten Kamera zu verhelfen.

Eleonore Rudolph brachte die Erfahrungen, die im Ausland mit der Einblendung von DolmetscherInnen gemacht worden seien, ins Gespräch: In Schweden sei es offensichtlich selbstverständlich, Parlamentsdebatten im Fernsehen mit Dolmetschereinblendung zu übertragen; die durch das Fernsehen ausgestrahlte Weihnachtsansprache der englischen Königin werde ebenfalls gedolmetscht usw.

Ein gehörloser Zuschauer, Wolfgang Schmidt, berichtete begeistert von seinen Erfahrungen während eines gerade beendeten USA-Aufenthaltes und empfahl allen, doch einmal dorthin zu fahren, um sich über technische Möglichkeiten zu informieren. Weiterhin gab er zu bedenken, „daß es nicht um Zahlen, um Prozente, um Plus-Minus, Papiere usw. geht [...], sondern daß man auch mal die Menschen berücksichtigt, die Gruppe, daß wir eine Minderheitengruppe sind, daß wir eine eigene Sprache haben, daß wir ganz gerne auch an den politischen Veranstaltungen, am politischen Leben unserer Gesellschaft hier teilnehmen möchten und daß wir dazu eben Dolmetscher brauchen, daß das einfach selbstverständlich sein sollte.“

Dr. Fritz-Helmut Wisch schließlich konfrontierte die Mitarbeiterinnen der Fernsehanstalten mit einer Videokassette: „Sie wissen ja sicherlich, da Sie ja in regem Austausch mit der BBC stehen, daß es dort möglich ist, jeden Tag eine Viertelstunde mit Dolmetschereinblendung die Tagesschau zu zeigen. Falls Sie das nicht wissen, bringe ich Ihnen eine Kassette, die lege ich da vorne hin, gucken Sie doch mal rein. Es ist in England möglich, und wir fragen uns, wieso es in Deutschland nicht möglich sein kann.“ Leider wurde die Kassette nicht vor Ort gezeigt, denn dann hätte Sylvia Marec nicht mehr die Möglichkeit gehabt, folgendes zu behaupten: „Ich habe gestern mit der BBC telefoniert, ich hab gestern mit der zuständigen Abteilung gesprochen, und die zuständige Abteilung hat mir gesagt, es wird keine nationale Nachrichtensendung mit Gebärdensprachdolmetscher übersetzt, sondern sie machen eine Sendung einmal wöchentlich eine halbe Stunde, ähnlich dem Konzept ‚Sehen statt Hören‘

[...].“ Bleibt zu hoffen, daß Sylvia Marec die Kassette inzwischen zur Kenntnis genommen und eingesehen hat, am Telefon – vorausgesetzt, sie hat tatsächlich mit der BBC telefoniert –, falsch informiert worden zu sein.

Der Forderung, sich die Erfahrungen anderer Länder zu eigen zu machen, sei die ARD zudem zur Genüge nachgekommen: „Sie wissen vielleicht auch, daß der Programmdirektor der ARD, Erstes Deutsches Fernsehen, in einer Sendung von ‚Sehen statt Hören‘ den Vorschlag gemacht hat, daß in 3-Sat, dem gemeinsamen Satellitenprogramm von ARD, ZDF, ORF, Österreich und der Schweiz, die Tagesschau mit Gebärdensprachdolmetscher übersetzt werden soll. Dieses ist leider abgelehnt worden von den beteiligten Partnern. Soweit zu Ihrer Frage zum Ausland.“

Diese offenbar in eine ganz andere Richtung abzielende Antwort reichte Petra Bödeker nicht aus: „Also, ich will da nochmal nachfragen: Frau Rudolph hatte vorhin an Sie die Frage gestellt, da haben Sie sich jetzt so schön rausgedrückt, warum das eigentlich in anderen Ländern möglich ist, daß dort gebärdet wird im Fernsehen, daß die Zuschauer da offensichtlich nicht alle irritiert sind und den Fernseher ausschalten. Nur bei uns soll das wieder nicht möglich sein. Woran liegt es, das hätte ich nun doch noch mal ganz gerne von Ihnen erfahren.“

Auf die Erfahrungen des europäischen Auslands schien Heide Schaar-Jacobi nicht bauen zu wollen, denn sie bezog sich im folgenden ausschließlich auf Amerika, aber auch die USA könnten nicht ohne weiteres als Vergleich herangezogen werden, denn: „Amerika hat seit Jahren, seit Jahrzehnten traditionell ein anderes gesellschaftspolitisches, sozialpolitisches Umfeld, und da muß ich die



Vertreter der Politik jetzt auch in die Pflicht rufen: Sie können nicht sagen, daß die Versäumnisse, die Jahre, Jahrzehnte lang von gesellschaftspolitischer, von politischer Seite gemacht werden, daß die jetzt fokussiert werden auf die öffentlich-rechtlichen Anstalten. Alles lehnt sich zurück, die sollen mal machen und die Situation ist bereinigt. So kann es nicht gehen.

In Amerika gibt es Polizisten, die die Gebärdensprache beherrschen; in Amerika gibt es eine Universität für Gehörlose, in Amerika ist es selbstverständlich, ich gebe Ihnen völlig recht, und ich verwahre mich mit allem Nachdruck, daß wir hier hingestellt werden, als würden wir nicht Menschen sehen, die in Not sind, die ein Bedürfnis haben, die ein Handicap haben, das ist infam, uns das zu unterstellen, das muß ich wirklich in dieser Schärfe sagen.“ Wiederum beteuerte sie, man mache es sich nicht leicht, man sei bereit zu lernen – aber: „Ich bitte Sie auch um Toleranz, zu respektieren, daß eine Situation, ein Prozeß, der noch nicht abgeschlossen ist, nicht hingestellt werden kann jetzt in einem homogenen Kreis, wie Sie es sind, als sei der Prozeß bundesweit abgeschlossen. Er ist es nicht, und ich möchte noch mal an unsere Mitdiskutanten hier appellieren: Bitte nehmen Sie zur Kenntnis und nehmen Sie wahr: Es geht nicht um ‚die‘ Gebärdensprache, die gibt es in Deutschland so weit verbreitet noch nicht als eindeutiges Kommunikationsmittel.“

Um dieses Fehltriteil aus der Welt zu räumen, machte Alexander von Meyenn folgenden Vorschlag: „Ich denke, es wäre gut, wenn der Landesverband oder das Zentrum [für Deutsche Gebärdensprache] Sie mal einladen würde und Ihnen auch noch andere Informationen darüber geben könnte, daß Sie Ihre Meinung dann

auch ein bißchen ändern über die Deutsche Gebärdensprache.“

Prof. Dr. Klaus-B. Günther machte u.a. noch auf folgenden wichtigen Punkt aufmerksam: „Keine andere Behindertengruppe, mag sie noch so klein sein – es geht nicht darum, ob es 50.000, 60.000 oder 80.000 sind –, es gibt keine andere Behindertengruppe auf der Welt, die eine eigene Sprache hat. Diese eigene Sprache dann zu akzeptieren und zu reflektieren und zur Geltung kommen zu lassen, in beispielsweise Dritten Rundfunk- und Fernsehmedien, das ist der Punkt.“

Ähnlich sah es Petra Bödeker: „Ich möchte Sie [...] bitten, daß Sie mitnehmen: Daß also auch ARD und NDR eine Vorbildfunktion haben [...]. Daß zum zweiten die öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten auch eine gewisse Antriebsfunktion haben, die wird von Ihnen auch nicht wahrgenommen. Sie ziehen sich dahinter zurück und sagen: In anderen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens ist das ja auch alles noch kein Thema hier in Deutschland. [...] Das Zeigen von Menschen mit Behinderungen und Beeinträchtigungen als normal, das fördert auch die Integration dieser behinderten Menschen. Und ich denke, das soll doch gerade, weil das Fernsehen halt auch so eine Ausstrahlung hat, sollte das doch auch ein ganz besonderes Anliegen des Fernsehens sein.“

Gegen Ende der Veranstaltung hielt Dr. Gerhard Koll, Behindertenbeauftragter des Hamburger Senats, es dann doch für angebracht, Sylvia Marec und Heide Schaar-Jacobi ein wenig in Schutz zu nehmen: „Sie hatten es hier sehr, sehr schwer, und ich meine, Sie sind zu unrecht vor's Brett gebunden worden [...]. Ich werde wieder einmal das politische Spiel mitmachen und werde

versuchen, diesen Riegel zu beseitigen, und ich weiß, daß hier Mitarbeiterinnen der Rundfunkanstalten sitzen, die dann auch sicherlich mitziehen werden, denn das haben sie ganz eindeutig gesagt: Wir haben nichts gegen die Deutsche Gebärdensprache.“

Auch Dr. Franklin Kopitzsch schlug einen versöhnlichen Ton an: „Ich würde mir sehr wünschen, daß auch unsere beiden Gesprächspartnerinnen den Eindruck von heute morgen mitnehmen, daß es sich hier sehr wohl um eine unterstützungswürdige und lohnende Sache handelt, daß da nicht mehr sehr viel bewiesen werden muß, sondern daß es einfach darauf ankommt, jetzt ein paar nächste Schritte zu tun.“

Gespannt darf man darauf sein, ob seitens der Fernsehanstalten tatsächlich nächste Schritte unternommen werden oder ob Wolfgang Schmidt recht behält: „Und wir diskutieren und diskutieren und diskutieren ...!“

Verfasserin

Karin Wempe, Zentrum für Deutsche Gebärdensprache, Universität Hamburg, Binderstr. 34, 20146 Hamburg